

Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal

Satzung

über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Vom 12. Juli 2001,
Änderung vom 12. April 2018

Die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal hat am 12. Juli 2001, zuletzt geändert am 12. April 2018, aufgrund des § 4 in Verbindung mit § 19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Entschädigung nach Durchschnittssätzen

Geändert durch Änderungssatzung vom 12. April 2018

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstauffalls nach einheitlichen Durchschnittssätzen.

(2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme

- bis zu 3 Stunden	30,- Euro,
- von mehr als 3 bis zu 5 Stunden	50,- Euro,
- von mehr als 5 Stunden (Tageshöchstsatz)	65,- Euro.

§ 2 Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme

(1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme). Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als eine Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.

(2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstverrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.

(3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach einer Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.

(4) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet den Tageshöchstsatz nach § 1 Abs. 2 nicht übersteigen.

§ 3 Aufwandsentschädigung

Der Vorsitzende erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 75,- Euro.

§ 4 Reisekostenvergütung

Bei Dienstverrichtungen außerhalb des Wohnortes erhalten ehrenamtlich Tätige neben der Entschädigung nach § 1 Abs. 2 und § 3 eine Reisekostenvergütung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes. Maßgebend ist die Reisekostenstufe B, für die Fahrtkostenerstattung die für Dienstreisende der Besoldungsgruppen A 8 bis A 16 geltende Stufe.

§ 4a Betreuungsentschädigung

Eingefügt durch Änderungssatzung vom 12. April 2018

(1) Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit werden im Einzelfall gegen Nachweis bis zu einem Betrag von 25 € je Stunde der zeitlichen Inanspruchnahme (vgl. § 2 Abs. 1) als Auslagenersatz erstattet.

(2) Die Erstattung der Auslagen nach Abs. 1 erfolgt neben einer nach den §§ 1 bis 4 zu zahlenden Aufwandsentschädigung.

(3) Als Angehörige im Sinne dieser Regelung gelten Angehörige nach § 20 Abs. 5 Landesverwaltungsverfahrensgesetz. Als betreuungsbedürftig gelten im Rahmen dieser Vorschrift insbesondere Kinder i. S. d. § 7 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch VIII.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. August 2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit vom 6. März 1975 außer Kraft.

Gammertingen, 12. Juli 2001, 13. April 2018

Holger Jerg,
Verbandsvorsitzender